

Beschluss des SPD-Landesparteitages in Mittenwalde, 18.03.2000

„Zukunftsregion Brandenburg“

1. Die Funktion der Hauptstadtregion offensiv annehmen

Das Land Brandenburg ist durch die Verlagerung der Hauptstadtfunktion nach Berlin von einer geographischen Randlage in das Zentrum der bundesdeutschen Politik und des größer werdenden Europa gerückt. Brandenburg ist zur Hauptstadtregion geworden. Dies wird in den kommenden Jahren zu einer größeren, auch internationaleren Aufmerksamkeit für unser Bundesland führen. Die wachsende Aufmerksamkeit bietet große Chancen, die wir nur nutzen können, wenn wir unsere Rolle als Hauptstadtregion annehmen. Insbesondere müssen wir unsere Möglichkeiten nutzen, auf die Bundes- und Europapolitik stärkeren Einfluss zu nehmen.

Die Nähe zu Berlin ist für Brandenburg auch ökonomisch von Bedeutung, da Berlin ein attraktives und räumlich gut erreichbares Absatzpotential für landwirtschaftliche und andere Produkte aus Brandenburg bietet. Brandenburg muss die Chancen der Umlandfunktion konsequent ergreifen.

Mit dem anstehenden Beitritt Polens und weiterer osteuropäischer Länder zur EU wird sich auch die gegenwärtige Randlage Brandenburgs innerhalb Europas ändern. Brandenburg hat die Chance, eine Verbindungsfunktion zwischen den west- und osteuropäischen Märkten zu übernehmen.

Hauptstadtregion bedeutet auch, dass zunehmend mehr Menschen aus der Metropole und anderen Bundesländern vornehmlich in den engeren Verflechtungsraum ziehen werden. Andere Berlinerinnen und Berliner suchen in Brandenburg Erholung. Brandenburg wird aber auch für viele deutsche und ausländische Unternehmen, die aus unterschiedlichen Gründen einen Produktionsstandort oder eine Repräsentanz in der Nähe der Bundeshauptstadt suchen, attraktiv.

Brandenburg hat die Chance, ein Tourismusland zu werden. Mit seinem Reichtum an Wasser und Wald, mit weithin intakten Dorfstrukturen, mit einer kulturellen Vielfalt in Museen, Schlössern und Herrensitzen sowie der Nähe zur Bundeshauptstadt besitzt es sehr gute Voraussetzungen für ein qualitatives und quantitatives Tourismuswachstum. Um die bei weitem noch nicht ausgeschöpften Potenziale des Tourismus in Brandenburg zu nutzen, muß an den Schwachstellen angesetzt werden. So ist Brandenburg als Reiseland weniger bekannt als andere Länder, es fehlen Jahreszeit-unabhängige touristische Angebote und das äußerlich wahrnehmbare Bild der touristischen Infrastruktur entspricht noch nicht den Standards in anderen Regionen Deutschlands. Dringend erforderlich ist insoweit die gemeinsame Vermarktung ganzer Regionen, um entsprechende Synergieeffekte zu erzielen und Touristen Anreize für einen längeren Aufenthalt zu bieten. Toleranz gegenüber Fremden, Gastfreundschaft, Sprachkenntnisse sowie vielfältiges Service- und Freizeitangebote sind dabei unverzichtbare Voraussetzungen, um im Wettbewerb um Gäste, Arbeitsplätze und Investitionen bestehen zu können.

2. Wanderungsbewegungen und demographische Veränderungen

Brandenburg wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten einen dramatischen Wandel seiner Bevölkerungsstruktur erleben. Nach den Bevölkerungsprognosen werden im Jahre 2005 2.671.000 Menschen in Brandenburg leben, das sind 78.000 Einwohner mehr als noch 1998. Diese Zahl wird bis zum Jahr 2015 wieder auf 2.625.300 Einwohner sinken. Richtig dramatisch werden diese Prognosen aber erst dadurch, dass die Veränderung der Einwohnerzahl regional sehr unterschiedlich verläuft und mit einer ebenfalls deutlich veränderten demographischen Struktur der Bevölkerung einhergeht. Während etwa für den Kreis Potsdam-Mittelmark ein Bevölkerungswachstum von 199.100 (1998) über 230.500 (2005) auf 246.100 (2015) prognostiziert wird, verringert sich die Einwohnerzahl im Kreis Uckermark von 156.200 (1998) über 145.600 (2005) auf 129.300 (2015). Alleine die Einwohnerzahl der Stadt Schwedt wird sich im Prognosezeitraum von 44.500 (1998) über 37.000 (2005) auf 30.400 (2015) verringern. Die demographische Entwicklung in Brandenburg im Prognosezeitraum spiegelt den allgemeinen angenommenen „Alterungsprozess“ der deutschen Bevölkerung, der aber wiederum regional unterschiedlich verläuft: Der Anteil der Brandenburger, die älter als 65 Jahre sind, steigt von 14,3 % (1998) über 18,5 % (2005) auf 20,6 % (2015). Die regionalen Unterschiede lassen sich wieder im Vergleich der Kreise Potsdam-Mittelmark und Uckermark zeigen: Während in Potsdam-Mittelmark die Zahl der 65 Jahre und älteren Bürger von 13,8% (1998) über 16,2% (2005) auf 18% (2015) steigt, wächst er in der Uckermark von 13,8% (1998) über 19,3% (2005) auf 22% (2015) an. Besonders dramatisch ist die Entwicklung wiederum in der Stadt Schwedt: Der Anteil der 65 Jahre und älteren Bürger steigt von 10 % (1998) über 18,1 % (2005) auf 26,6 % (2015).

Grundsätzlich ist zu konstatieren, dass die Bevölkerungszahl im engeren Verflechtungsraum entsprechend der Bevölkerungsprognosen bis zum Jahr 2005 deutlich ansteigen wird. Dieser Anstieg wird auch bis zum Jahr 2015 - wenn auch verlangsamt - anhalten. In den Regionen des äußeren Entwicklungsraumes - mit Ausnahme des Kreises Spree-Neiße - und den kreisfreien Städten - mit Ausnahme der Landeshauptstadt Potsdam - wird im selben Zeitraum ein drastischer Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen sein. Im Prognosezeitraum wird sich die brandenburgische Alterspyramide dramatisch verändern. Der „Alterungsprozess“, wird in den Regionen, die durch starken Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet sind, schneller verlaufen als im engeren Verflechtungsraum. Gleichzeitig wird die Zahl der schulpflichtigen Kinder drastisch zurückgehen.

Diese Veränderungen in der regionalen Bevölkerungsstruktur und der demographischen Zusammensetzung werden unmittelbar erhebliche Konsequenzen haben:

- In den Regionen, die in den kommenden Jahren massiv vom Zuzug aus Berlin und anderen Bundesländern profitieren, wird es einen erheblichen Investitionsbedarf im Bereich öffentlicher Infrastruktur geben.
- Im ganzen Land werden viele Schulen und Kindereinrichtungen den aktuellen Bedarfzahlen angepasst werden müssen. Insbesondere im ländlichen Raum werden den schulpflichtigen Kindern längere Anfahrtswege zu den Schulen zugemutet werden müssen. In vielen kleineren Dörfern wird es nicht mehr möglich sein,

Kindertagesstätten aufrecht zu erhalten. Es sind daher Anreize zu schaffen, in Eigeninitiative private Kinderbetreuung durchzuführen.

- Der Bevölkerungsrückgang in vielen Regionen wird die finanzielle Selbständigkeit der betroffenen Kommunen und Kreise gefährden.
- Senioren in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts
Die demografische Entwicklung verlangt die Schaffung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen (seniorengerechte Wohnungen, Verkehrseinrichtungen, Bildungsmöglichkeiten usw.), die ein aktives, selbstbestimmtes Leben bis ins hohe Lebensalter ermöglichen und der aktiven Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren bei der Lösung politischer, kultureller und sozialer Aufgaben in der Gesellschaft entsprechen.

Schwieriger zu prognostizieren ist, welche gesellschaftlichen und mentalen Folgen die unterschiedlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen der einzelnen Regionen Brandenburgs haben werden. Es ist denkbar, dass in den Wachstumsregionen des engeren Verflechtungsraumes eine Bevölkerungsschicht bestimmend wird, die - materiell relativ gut abgesichert - in ihrer Erwerbs-, Wert-, Freizeit- und Kulturorientierung stark auf Berlin fixiert ist. Eine denkbare Gefahr ist, dass diese Bevölkerungsschicht die Brandenburger in den Regionen des äußeren Entwicklungsraumes als „Kostgänger“, betrachtet. In den Regionen des äußeren Verflechtungsraumes besteht die Gefahr, dass sich ein Gefühl des „Abgehängtseins“ herausbildet, das zur Lähmung bzw. Schwächung der vorhandenen Potenziale beitragen kann. Denkbar ist aber auch, dass ein „Eigensinn“ gestärkt wird, der die Unterschiede akzeptieren und die vorhandenen Potenziale konsequent ausnutzen lässt.

3. Den Wandel der Region gestalten

Prognosen zeigen Entwicklungstrends unter nicht veränderten Bedingungen auf. Sie sollen Entscheidungshilfen für Politik sein. Aufgabe von Politik ist es, Rahmenbedingungen so zu setzen, dass gewollte Veränderungen herbeigeführt werden bzw. nicht gewollte Veränderungen verhindert werden. Angesichts der prognostizierten demographischen und wanderungsbedingten Veränderungen ist die Frage zu stellen, ob die brandenburgische Politik diese Veränderung will. Wenn nicht, ist die Frage zu stellen, ob sie die Möglichkeiten hat, die prognostizierte Entwicklung in eine andere Richtung zu lenken. Wenn sie keine oder nur unzureichende Möglichkeiten hat, die Entwicklung zu beeinflussen, ist die Frage zu beantworten, welche Möglichkeiten sie hat, negative Begleiterscheinungen der Entwicklung zu verhindern bzw. zu mildern.

Politik in Brandenburg muss unter den Bedingungen knapper werdender finanzieller Mittel die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Chancen der Region genutzt werden und der Wandel gestaltet wird:

- Der Zuzug nach Brandenburg ist eine große Chance für unsere Region und erfordert besondere Anstrengungen bei der Verbesserung der Infrastruktur. Es ist jedoch mit einer zunehmenden Zersiedlung des berlinnahen Raumes zu rechnen. Daher muss die Raumordnungspolitik sicherstellen, dass die Lebensqualität im engeren

Verflechtungsraum durch Verstädterung nicht leidet. Die betroffenen Kommunen und Landkreise müssen in dieser Frage zur Kooperation angeregt werden.

- Das gemeinsam mit Berlin umgesetzte Regionalbahnkonzept schafft erfolgreich Mobilitätsalternativen zum Individualverkehr. Dieses Netz ist auch vor dem Hintergrund des Zuzuges nach Brandenburg weiter zu qualifizieren.
- Der Ausbau der Infrastruktur ist entscheidende Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung. Von besonderer Bedeutung ist ein schneller Anbindung an das Brandenburger Autobahnnetz.
- Die Verkehrsverbindungen zwischen den Mittel- und Oberzentren müssen verbessert werden.
- Stabilisierung und Entwicklung der industriellen Kerne und der nach der Wende neu entstandenen Wirtschaftsstandorte. Brandenburg muss insbesondere sein Profil als Medienstandort und als Zentrum der Verkehrs-, Kommunikations- und Biotechnologie und der Mikroelektronik schärfen. Zur Reindustrialisierung auch als Voraussetzung für die Entwicklung von Dienstleistungen gibt es keine Alternative, da in Brandenburg insbesondere unternehmensbezogene Dienstleistung fehlen.
- Unterstützung beim Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsstruktur. Dazu gehört u.a. die genaue Definition der spezifischen Entwicklungschancen einzelner Regionen und eine gezielte Unterstützung bei der Fort- und Weiterbildung und dem Regionalmarketing. Ziel ist die Entwicklung einer Dienstleistungskultur, die insbesondere dem wachsenden Bedarf bei personenbezogenen Dienstleistungen Rechnung trägt.
- Weitere rasche Professionalisierung und Entbürokratisierung aller Entscheidungsabläufe, die im Zusammenhang mit Ansiedelungsbegehren und Standortmarketing stehen.
- Der Ausbau der grenz- und länderübergreifenden Kooperation und Infrastruktur. Insbesondere für einen erfolgreichen Strukturwandel der Lausitz ist es notwendig, die Zusammenarbeit mit Sachsen zu verstärken. Wesentlicher Schwerpunkt ist, den bevorstehenden Strukturwandel Ostbrandenburgs auf die EU-Osterweiterung vorzubereiten.

3.1. Politik der Dezentralen Konzentration fortsetzen, bessere Verkehrsverbindungen schaffen

Der für den Zeitraum bis zum Jahre 2015 prognostizierte Zuzug, die Wanderungsbewegungen innerhalb des Landes und die gleichzeitigen demographischen Veränderungen sind durch die Politik des Landes Brandenburg nur noch sehr begrenzt beeinflussbar.

Der Zuzug Zehntausender Berliner und Bürger anderer Bundesländer vornehmlich in den engeren Verflechtungsraum ist für Brandenburg eine große Chance. Die Abwanderung jüngerer Bürger aus den Regionen des äußeren Entwicklungsraumes soll durch eine aktive und erfolgreiche Ansiedlung-, Wirtschaft- und Arbeitsmarktpolitik sowie einer Absicherung der sogenannten weichen Standortfaktoren gedämpft werden. Die Politik der Dezentralen Konzentration, also die Stabilisierung der regionalen Entwicklungszentren, ist dazu ohne Alternative. Die Förderinstrumentarien für die Ansiedlungspolitik und die Unternehmenssicherung müssen im Rahmen der vorhandenen Finanzmittel aufrecht erhalten werden. Die Abwanderung von Bürgern aus dem äußeren in den engeren

Entwicklungsraum aus Erwerbsgründen kann aber auch dadurch eingeschränkt werden, dass bessere und schnellere Verkehrsverbindungen zu den regionalen Wirtschaftszentren geschaffen werden.

Dazu gehört es auch,

- intelligente und kostengünstige ÖPNV-Lösungen für die ländlichen Regionen zu fördern,
- im vorhandenen Straßennetz durch Ordnungsmaßnahmen für die Flüssigkeit des Verkehrs zu sorgen und
- sich dafür einzusetzen, dass Berufspendler, für die es keine Alternative zur Fahrt mit dem Privat-PKW gibt, von der Mineralölsteuererhöhung entlastet werden.

Das Land leistet einen aktiven eigenen Beitrag zur strukturellen Stärkung des äußeren Entwicklungsraumes durch die Landesverwaltung. Vor der Schließung von Landeseinrichtungen erarbeitet die Landesregierung ein Konzept zur zukünftigen Verteilung der Landesämter vorrangig im äußeren Entwicklungsraum des Landes.

3.2 Gemeindegebietsreform vorantreiben, kommunalen Finanzausgleich schaffen, Zentren stärken

Um die Leistungsfähigkeit der Kommunen in den Regionen zu stärken muss, zügig eine Gemeindegebietsreform umgesetzt werden, die dauerhaft leistungsstarke kommunale Gebietskörperschaften schafft.

Für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in den einzelnen Regionen des Landes ist es unabdingbar - analog zum Länderfinanzausgleich - ein kommunales Finanzausgleichsgesetz ab 2001 zu schaffen.

3.3. Den Willen für ein gemeinsames Bundesland wachsen lassen.

Die mögliche Vereinigung der Länder Berlin und Brandenburg bleibt weiter aktuell. Deshalb ist es notwendig, in der laufenden Legislaturperiode die Chancen und Risiken zu bewerten und breit zu diskutieren. Über Zeitpunkt und Verfahren einer Fusion kann erst entschieden werden, wenn eine spürbare Akzeptanz für diesen Schritt in der Bevölkerung zu verzeichnen ist.

Bevölkerungsprognose
Ausgewählte Kennziffern des Landes Brandenburg

Prozente

	Jahr:	unter 15	15-65	65 und älter
Land Brandenburg	1998	14,8	71,0	14,3
	2005	10,8	70,7	18,5
	2015	11,7	67,8	20,6
Stadt Brandenburg an der Havel	1998	13,4	71,0	15,6
	2005	9,0	68,5	22,5
	2015	11,2	63,9	24,9
Stadt Cottbus	1998	14,2	72,7	13,1
	2005	9,6	71,6	18,8
	2015	12,5	66,8	20,7
Stadt Frankfurt/Oder	1998	14,7	73,0	12,3
	2005	10,2	72,2	17,6
	2015	13,0	67,8	19,2
Stadt Potsdam	1998	13,5	72,0	14,5
	2005	9,8	70,5	19,7
	2015	12,5	67,2	20,3
Landkreis Barnim	1998	14,7	72,0	13,3
	2005	10,4	71,8	17,8
	2015	11,0	68,0	21,0
Landkreis Dahme-Spreewald	1998	14,4	71,1	14,5
	2005	11,1	70,3	18,5
	2015	11,7	67,4	20,9
Landkreis Elbe-Elster	1998	14,5	69,3	16,2
	2005	10,5	69,2	20,4
	2015	11,0	67,1	21,9
Landkreis Havelland	1998	15,7	70,6	13,6
	2005	13,3	69,9	16,8
	2015	13,5	68,0	18,5
Landkreis Märkisch-Oderland	1998	15,0	71,1	13,9
	2005	10,5	71,6	17,9
	2015	11,0	68,9	20,1
Landkreis Oberhavel	1998	14,9	71,1	14,0
	2005	11,8	70,0	18,3
	2015	11,7	67,2	21,1
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	1998	14,1	70,3	15,6
	2005	9,7	69,6	20,7
	2015	11,3	66,5	22,2
Landkreis Oder-Spree	1998	14,7	71,2	14,2
	2005	10,6	70,4	19,0
	2015	10,9	66,9	22,2
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	1998	15,6	70,1	14,3
	2005	10,8	70,6	18,6
	2015	11,8	67,2	21,0
Landkreis Potsdam-Mittelmark	1998	15,3	70,9	13,8
	2005	11,8	72,0	16,2
	2015	11,8	70,2	18,0
Landkreis Prignitz	1998	14,7	68,8	16,5
	2005	9,6	68,7	21,8
	2015	10,5	65,6	23,9
Landkreis Spree-Neiße	1998	14,5	70,8	14,7
	2005	9,8	72,4	17,8
	2015	10,8	70,1	19,1

Landkreis Teltow-Fläming	1998	15,3	70,8	13,8
	2005	12,1	70,9	17,0
	2015	12,7	68,5	18,8
Landkreis Uckermark	1998	15,5	70,7	13,8
	2005	10,6	70,2	19,3
	2015	11,4	66,6	22,0

Bevölkerungsprognose

	1998	2005	2015
Land Brandenburg	2 593 100	2 671 000	2 625 300
Stadt Brandenburg an der Havel	80 800	72 500	64 700
Stadt Cottbus	115 300	104 500	99 500
Stadt Frankfurt/Oder	76 400	71 100	68 500
Stadt Potsdam	129 400	124 400	125 900
Landkreis Barnim	164 000	181 300	184 900
Landkreis Dahme-Spreewald	154 300	169 800	175 300
Landkreis Elbe-Elster	135 100	129 500	118 000
Landkreis Havelland	140 600	158 600	167 200
Landkreis Märkisch-Oderland	182 900	197 000	196 300
Landkreis Oberhavel	182 700	200 400	201 300
Landkreis Oberspreewald-Lausitz	151 600	141 300	127 600
Landkreis Oder-Spree	196 900	206 200	197 300
Landkreis Ostprignitz-Ruppin	115 800	115 600	110 400
Landkreis Potsdam-Mittelmark	199 100	230 500	246 100
Landkreis Prignitz	97 700	89 400	77 500
Landkreis Spree-Neiße	157 800	162 700	161 500
Landkreis Teltow-Fläming	156 400	170 600	174 000
Landkreis Uckermark	156 200	145 600	129 300